

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y.

Wien, Freitag, den 6. Oktober 1922.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 6. Oktober 1922.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Espendet haben u. a. Professor Dr. Baruch, New-York, für Wohlfahrtszwecke 5 Millionen Kronen. Kapellmeister Alexander Noisser, Arosa, zugunsten des Kriegsblindenverbandes III., Hnaslerstrasse 3, das Erträgnis eines Privatkonzertes im Betrage von 1.388.500 K. Eine ungenannt sein wollende Wienerin, die in Californien ansässig ist, 1 Million für die Armen des I. Bezirkes. Paul Wittgenstein, IV., Argentinierstrasse 16, zugunsten der Bezirksarmen 860.000 K.

Im Einlauf befindet sich eine Anfrage der Gemeinderäte Skaret und Genossen, wegen des Hausbesitzerstreiks. Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anfrage nach Erledigung der Tagesordnung verlesen und besprechen lassen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingegangen. Post 9 (Zuschußkredite) wird ohne Referat für angenommen erklärt.

VB. Emmerling berichtet über die Anschaffung von Maschinen für das Kraftwerk Ebenfurth und beantragt einen Nachtragskredit von 90 Millionen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Derselbe Referent berichtet über die Gründung einer Reklamegesellschaft „Wireg“ und stellt die bekannten Anträge.

GR. Doppler (chr. soz.) wirft die Frage auf, ob es notwendig gewesen sei, dass die Gemeinde sich auch am Ankündigungswesen hervorragend beteilige. Wenn das aber schon geschehe, so hätte sie sich auch auf das Reklamewesen selbst beschränken müssen, nicht aber noch andere Geschäftszweige, wie Schildermalerei und dgl. in den Betrieb einbeziehen dürfen. Im vorliegenden Referat vermisste man die Ziffern des voraussichtlichen Erträgnisses. Auch sei die Einsetzung eines Aufsichtsrates nicht vorgesehen, obgleich eine solche Institution unerlässlich erscheine, um Mißbräuche der Monopolstellung vorzubeugen und in den politischen Kämpfen in jeder Hinsicht die vollste Objektivität zu gewährleisten. Redner beantragt in § 11 eine Bestimmung auf Einsetzung eines Aufsichtsrates aufzunehmen.

VB. Emmerling verweist im Schlusswort darauf, dass mehr als 90 % aller Reklameflächen sich auf städtischem Grund befinden. Es wäre daher nicht einzusehen, dass die Gemeinde dort, wo sie ein so überragendes Recht und eine so bedeutende Möglichkeit besitzt, ihren eigenen Grund auszunützen, dies anderen Leuten überlassen sollte. Die Nichtbestellung eines Aufsichtsrates entspricht dem Gesetz und den besonderen Verhältnissen der Gründung, sowie den Interessen der Gemeinde.

Die Vorlage wird sodann unter Ablehnung des Antrages Doppler angenommen.

GR. Linder (Soz. Dem.) referiert über die Erhöhung der Entlohnung des Reinigungspersonals der städtischen Amtshäuser. Die Entlohnung wird in der Höhe von 350% rückwirkend vom 1. April bewilligt; das bedeutet eine Erhöhung von 900 % gegenüber den Friedensbeträgen. Hierzu ist ein Betrag von 5.8 Millionen erforderlich.

GRin. Motzko (chr. soz.) kritisiert die Tatsache, dass der Zimmerputzer, welche auf Grund eines alten Vertrages die Reinigung in einigen Amtshäusern besorgt haben, zwar im Jänner eine 30%ige Erhöhung zugestanden, aber erst im April und Mai ausbezahlt worden sei. Später habe die Genossenschaft eine neuerliche Anfrage wegen Wiederaufnahme der Arbeit und Erhöhung auf 80 % gestellt, sei aber darauf bis heute ohne Antwort. Rednerin würde es für unangebracht halten, auch hier wieder das Gewerbe auszuschalten und die Reinigung vollständig in Eigenregie zu übernehmen.

GR. Linder erwidert, dass der Magistrat Berechnungen anstelle, welche Form der Reinigung billiger zu stehen komme. Sobald die Berechnungen abgeschlossen sind, wird im Gemeinderat darüber berichtet werden.

Die Vorlage wird hierauf unverändert angenommen.

GRin. Polzer (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschußkredites von 31 Millionen Kronen zur Aushilfe für Fürsorgeinstitute, mit der Begründung, dass mit den budgetierten Beträgen das Auslangen nicht gefunden werden könne.

GR. Doppler (chr. soz.) ist der Anschauung, dass eine systematische Regelung der Erhaltungsbeiträge erfolgen müsse, um hier Ordnung zu machen. Bei dieser Gelegenheit müsse er verschiedene Klagen vorbeingen, hauptsächlich in der Richtung, dass sozialdemokratische Fürsorgeämter ihr Amt parteiisch versehen und durch vollständig ungesetzliche Erhebungen die politische Zusammensetzung der Wählerschaft herauszubringen versuchen. Das sei ein Mißbrauch der Amtsgewalt und um so erstaunder, als im geschilderten Falle, der sich im 17. Bezirke zugetragen, der betreffende Mandatar behauptete, der Zustimmung des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler/und des Bezirksvorstehers sicher zu sein. Allerdings habe er später hinzugefügt, dass er mit den genannten Herren nicht persönlich über die Sache habe sprechen können.

GR. Professor Tandler (Soz. Dem.) erklärt, er vermisse bei diesen Anklagen das wichtigste, nämlich die Nennung des Namens jenes Fürsorgetrates, die einen solchen Uebergriff gemacht haben soll. Er möchte bitten, ihm den Namen wenigstens privat mitzuteilen. Bei der großen Anzahl der Fürsorgeträte könne es geschehen, dass mitunter ein mißverständlicher Auffassung der Pflichterfüllung Dinge geschehen, die nicht ganz entsprechen. Wenn aber in öffentlicher Sitzung über solche Angelegenheiten gesprochen werde, so solle es mit gewisser Vorsicht geschehen. Man dürfe nicht vergessen, dass das Amt eines Fürsorgetrates zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten gehöre. Diese Menschen müssen eine Menge von Taktgefühl haben, sie müssen Qualitäten besitzen, welche nicht so leicht erfüllt werden können, sie müssen aber auch das Ansehen und Vertrauen jener Kreise genießen, die ihnen anvertraut sind. Wenn Fürsorgeangelegenheiten zu einem Politikum gemacht werden, wäre das das Grab der Fürsorge und es müsse hier ausdrücklich betont werden, sagt Professor Tandler, dass er während der ganzen Zeit seiner Amtsführung strenge darauf bedacht war, die vollste Objektivität zu beobachten.

Nach dem Schlussworte der Referentin wird der Antrag angenommen.

StR. Richter (Soz. Dem.) referiert über die Bewilligung eines Zuschußkredites von 44 Millionen Kronen für die Anschaffung von Feuerwehrschräuchen.

GR. Doppler (chr. soz.) führt Klage, daß die freiwilligen Feuerwehren nicht immer die Unterstützung der Gemeinde fänden. Bei diesen Feuerwehren ist die Bespannung oft sehr mangelhaft und haben sie mit den Stallungen große Kalamitäten. Die Gemeinde müsse einsehen, dass die freiwilligen Feuerwehren keine Luxuseinrichtungen sind, sondern im eminenten Interesse der Bevölkerung wirken.

StR. Richter erklärt, dass die Gemeinde mit den freiwilligen Feuerwehren im besten Einvernehmen arbeite und ihm keine einzige Beschwerde bekanntgegeben worden sei. Wenn bei einzelnen freiwilligen Feuerwehren das Schlauchmaterial schlecht ist, so kann es ohne weiters in der Reparaturanstalt der Gemeinde, die derart vorbildlich eingerichtet ist, dass viele ausländische Feuerwehren sie als Muster nehmen, repariert werden. Die Gemeinde spare bei der Feuerwehr überhaupt nicht und es wird bereits in der nächsten Woche abermals ein Zuschußkredit von einigen hundert Millionen Kronen angefordert werden. Die Feuerwehren sollen uns das wenige, das uns noch übrig ist, schützen, daher wird die Gemeinde alles tun, um das Feuerwehrwesen aus seiner gegenwärtigen vorbildlichen Höhe zu erhalten.

Der Referentenantrag wird sodann einstimmig angenommen.

StR. Siegel referiert über die Installation der elektrischen Beleuchtung in der Kindererholungsstätte Pötzleinsdorf mit einem Kostenaufwand von 16 Millionen.

GRin. Motzko (chr. soz.): Die Erholungsstätte Pötzleinsdorf ist eine städtische Fürsorgeeinrichtung nur dem Namen nach. Sie ist seit mehreren Jahren an Organisationen der freien Fürsorge übergeben worden, für diese immer an den Verein „Societas“. Im Prinzip ist dagegen nichts einzuwenden, das Anstalten der öffentlichen Fürsorge an die freie Fürsorge übergeben werden. Für diese Tageserholungsstätte sind jedoch bereits 11 Millionen bewilligt worden, heute nun wieder 16 Millionen. Diese 27 Millionen sind genau gesehen ein Subvention für den Verein „Societas“. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, es sollte aber ehrlich gesagt werden. Und es muss gefragt werden, welche Summe etwa für die städtische Erholungsstätte Hütteldorf ausgegeben worden ist. Hier liegt also eine Heimlichkeit und auch eine Einseitigkeit vor.

StR. Professor Tandler (Soz. Dem.): Die Gemeindeverwaltung hat sich bemüht, beide Heimstätten, sowohl die in Pötzleinsdorf, als die in Hütteldorf ordentlich auszurüsten. In Pötzleinsdorf handelte es sich um die Einrichtung für Schlafstellen, dazu waren die 11 Millionen bestimmt. Für den Nachtbetrieb musste auch Licht eingeleitet werden, dessen Kosten ursprünglich mit 5 Millionen präliminiert waren, die sich aber infolge der einsetzenden Feuerung erhöht haben. Hütteldorf hatte wieder keine Wasserleitung und wir haben daher dafür einen 7 Millionenkredit bewilligt. Hier von einer Parteilichkeit zu reden, muss ich entschieden zurückweisen. Wir haben, wie sich zeigt, der anderen Seite, wie das bezeichnet worden ist, - ich kenne in der Fürsorge keine andere Seite in gleicher Weise das nötige bewilligt. Die Zahl jener Heimstätten, die der Gemeinde gehören, und von gewiss nichtsozialdemokratischen Organisationen geführt werden, ist viel grösser, als die Zahl derjenigen, die von uns nahestehenden Seiten verwaltet werden. Frau GRin. Motzko hätte sich nur bei jenen Stellen erkundigen brauchen, die ihr nahestehen, z.B. bei den Klosterschwestern, wie die Erholungsstätte Weisau geführt haben und hätte erfahren können, dass wir sie beispielweise mit Lebensmitteln versorgt haben. Die 27 Millionen für Pötzleinsdorf sind überdies keineswegs dem Verein „Societas“ für den Betrieb der Heimstätte gegeben worden, sondern sie wurden in städtisches Eigentum investiert.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird die Vorlage angenommen.

GR. Siegel beantragt sodann, für notwendige Herstellungen zur Errichtung von Zahnkliniken in den Schulen Favoriten Umlandgasse, und Ottakring Neulerchenfelderstrasse einen Zuschusskredit von 5 Millionen Kronen zu bewilligen.

GRin. Walter (chr. soz.) verweist darauf, dass für die Beheizung der Turnsäle an den städtischen Schulen auch im heurigen Jahr nur ein sehr bescheidener Kredit genehmigt worden sei, so dass der wichtige Turnunterricht vernachlässigt werden wird, weil in vielen Schulen die Turnsäle nicht geheizt werden können. Man möge doch der Erziehung mehr Aufmerksamkeit widmen, vor allem der Mädchenziehung, für die zu wenig geschehe. Es sollten schon im Jahre 1920 Haushaltungs- und Kochschulen eingerichtet werden, doch ist bisher nichts geschehen, weswegen Rednerin den Referenten bitte, dafür einzutreten, dass diese wichtige Forderung endlich erfüllt werde.

Der Referent erwidert, er könne diesem Wunsch nicht nachkommen und sich damit nicht befassen, weil er diese Angelegenheit der Stadtschulrat zuständig sei, wo GRin. Walter ihre Anregung vorbringen möge.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

GR. Siegel berichtet über den Stand der städtischen Wohnhausbauten. Die 90 Wohnungen, die auf der Schmelz gebaut werden, werden zum grössten Teil bereits im November der Benützung zugeführt. Der Wohnhausbau in der Längenfeldgasse mit 211 Wohnungen ist bereits unter Dach und werden auch dort die Wohnungen noch in diesem Jahre bezugsfertig. In der Erenkelstrasse, ein Bau mit 15 Wohnungen, ist die Arbeit bereits bis zum Dach fertig und in der Wehlstrasse, wo die Gemeinde einen steckengebliebenen Bau mit 124 Wohnungen in einigen Wochen bezugsfertig erstellt haben wird,

schreiten die Arbeiten ebenfalls günstig vorwärts. Auch in der Balderichgasse dürften die 18 Wohnungen noch im Laufe dieses Jahres benützbar werden. In der Drorygasse bauen wir 3 Häuser mit zusammen 71 Wohnungen. Dieser Bau ist erst bis zum zweiten Stockwerk gediehen und hier dürften wir in diesem Jahre nicht fertig werden. Auch die vier Stockwerksaufsetzungen auf Häuser, die Eigentum der Gemeinde sind, dürften mit Ausnahme einer einzigen, ziemlich bald fertiggestellt sein. Insgesamt werden 587 Wohnungen erstellt, die bei Beginn der Bauten mit einer Kostensumme 3.499 Millionen errechnet wurden. Die ungeheuren Steigerungen der Preise haben eine Verfünffachung dieser Summe bewirkt, so dass gegenwärtig 19.759 Millionen Kronen zur Fertigstellung dieser 10 Bauten notwendig sind. Da der Bund drei Fünftel der Baukosten zu tragen hat, ist noch ein Zuschusskredit in der Höhe von 6.504 Millionen Kronen notwendig, dessen Bewilligung heute der Gemeinderat genehmigen soll.

GR. Kunschek (chr. soz.): Dieses Referat hat das Problem der Wohnungsfrage überhaupt aufgerollt. Es zeigt sich, dass die Erfolge mit den städtischen Wohnhausbauten sehr traurige sind. Es ist gewiss begrüssenswert, dass mit diesen Bauten 587 neue Wohnungen geschaffen werden, aber es scheint so, dass damit nur eine Lücke im Wohnungsverzeichnis ausgefüllt wird. Während zuerst für diese Bauten ein Betrag von 3.5 Milliarden angefordert wurde, betragen heute die Kosten bereits rund 20 Milliarden. Die Gemeinde wird daher leider nicht in der Lage sein, im nächsten Jahre die Mittel für neue Wohnhausbauten aufzubringen. Die städtische Wohnbautätigkeit warabgestellt auf das Ergebnis der Wohnbausteuer und auf die Wohnbauleihe. Es muss leider festgestellt werden, dass mit diesem Bauprogramm die Wirkung der Wohnbausteuer vollständig konsumiert erscheint und dass, wenn ein neues Bauprogramm erstellt wird, dafür keine Bedeckung vorhanden ist. Uebrigens wird der grössere Teil des Erfordernisses vom Bund bestritten. Aber was von der Gemeinde gilt, das gilt auch vom Bund. Der Bund wird die 11 Milliarden zur Verfügung stellen. Er hat aber auch 32 Milliarden für die Fertigstellung der Siedlungshäuser zu geben und ob der Bund weiter in der Lage sein wird, so grosse Beträge zur Verfügung zu stellen, ist eine Frage, die eher mit nein, als mit ja beantwortet werden kann. Es zeigt sich, dass wir auch bei dem Bau von Siedlungshäusern am Ende des Lateins angelangt sind. Aus dieser Tatsache ergibt sich, dass die Bekämpfung der Wohnungsnot oder die Rettung aus dem Wohnungsseind so nicht gefunden werden kann. Stellt sich doch eine Wohnung in diesem städtischen Neubauten auf rund 33 Millionen Kronen, so dass allein für den Winstendienst eine Miete von 140.000 Kronen monatlich entrichtet werden müsste. In diesem Betrag ist weder eine Summe für die Amortisation des Kapitals, noch für die Aufwendungen zur Erhaltung der Häuser und für die Ausgaben der Kanalkünung, Rauchfangkehrung, Beleuchtung und Wasserversorgung enthalten. Wenn wir die Frage also unter diesem Gesichtspunkt betrachten, so ist es klar, dass es auf diesem Wege nicht weiter geht. Durch den Bau städtischer Häuser und durch die Siedlungsbewegung kann also ein Ausweg aus dem Wohnungsseind nicht gefunden werden. Wir stehen auch bei der Siedlungsbewegung von dem Ende. Da hilft aller Opfermut und alle Begeisterung nichts, denn mit Begeisterung allein kann man keine Häuser bauen. Es müssen also andere Elemente zur Bekämpfung der Wohnungsnot mobil gemacht werden. Es muss getrachtet werden, dass das Privatkapital und das Privatinteresse sich wieder dem Wohnungsbau zuwenden.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Also der fünfzehnfache Friedenszins!

GR. Kunschek: Ich denke nicht an Neubauten, sondern an die Erhaltung der bestehenden Häuser und es wäre sehr interessant, wenn wir hier periodische Berichte über die Veränderungen erhalten würden, die sich in den bestehenden Wohnhäusern dadurch ergeben, dass Wohnungen unbewohnbar werden. Um die Häuser zu erhalten, gibt es aber nur ein Mittel, das ist, die Anpassung des Zinses an die Geldverhältnisse, unter denen wir leben. Natürlich ist die volle Uebertragung der Geldverhältnisse auf dem Mietzins ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn z.B. von Seite der Hausbesitzerorganisationen die Herabsetzung der Goldparität verlangt wird, so kann eine solche Forderung nicht ernst nehmen und muss sagen, entweder

haben diejenigen, die sie stellen, darüber nicht nachgedacht, oder es ist wirklich Hausherrendemagogie, die da getrieben wird. Daran ist nicht zu denken. Aber die Mietzinse, wie sie heute sind, sind nicht gerechtfertigt. In einzelnen Fällen ist die Rechnung für Gas und die Vorauszahlung in der Summe grösser als der ganze Bruttozins. Die Mietzinse müssen endlich einmal in ein Verhältnis gebracht werden, dass es ermöglicht, die Erhaltung der Häuser zu sichern. Sie aber stehen auf dem Standpunkt, dass an dem Mieterschutzgesetz nicht gerüttelt werden darf, und durch diese Demagogie, aus der heraus Sie jeden, der sich erlaubt, auf die Unhaltbarkeit des Mieterschutzes hinsichtlich der Zinserstellung hinzuweisen, als Hausherrenknecht bezeichnet haben, sind die Schwierigkeiten entstanden, die Ihnen heute im Wege stehen. Endlich einmal muss auch der Wiener Gemeinderat ein ehrliches Bekenntnis in dieser Frage ablegen. Sie können offen aussprechen, dass der Gemeinderat einem Abbau des Mieterschutzes nicht zustimmt; wenn Sie das tun, dann müssen Sie aber auch die Verantwortung für die jetzigen unhaltbaren Zustände übernehmen.

Str. Siegel (Schlusswort): Ich kann die Worte der Anerkennung, die GR Kunschak für die Siedler gefunden hat, nur wiederholen und unterstreichen. Es ist erfreulich, dass die Siedler einen Teil der Muse, die ihnen der achtstündentag gebracht hat, ^{zu} wahrhaft produktiven Zwecken verwenden. Auf die Ausführungen des GR Kunschak über den Mieterschutz will ich nicht eingehen, weil bei der Behandlung des Dringlichkeitsantrages unserer Partei heute dazu noch ausführlich Gelegenheit sein wird. Nur eines will ich sagen: GR Kunschak hat über den sogenannten Streik der Hausherren ein richtiges Wort gesagt. Er sagte, dass jene Leute, die die Goldparität der Mietzinse verlangen, entweder nicht gewusst haben, was sie tun, oder Hausherrendemagogie betrieben haben. Ich halte dafür, dass es das zweite war. Und die Worte des GR Kunschak mögen sich auch die Herren seiner Partei, die jenen Streikaufruf unterschrieben haben, und die in diesem Saale sitzen, zu Herzen nehmen.

Dem Wunsch nach einer Statistik über die abfallenden Wohnräume wird entsprochen werden. Wenn aber GR Kunschak als einzigen Weg zu einer Besserung der Wohnungsverhältnisse den der privaten Rentierlichkeit vorschlägt, so heisst das eben dem 13.000fachen Mietzins vorschlagen. Das ist ungefähr dasselbe, was Herr Kunschak selbst als Demagogie bezeichnet hat. Das Privatkapital baut nur dann, wenn es eine Verzinsung findet und da die Herstellung einer Wohnung nicht 33 Millionen, wie GR Kunschak meint, sondern 80 Millionen erfordert, würde das bei 10%iger Verzinsung einen Zins von 8 Millionen bedeuten. Der Kapitalist aber, der sich etwa mit einer halbprozentigen Verzinsung zufrieden gibt, der müsste erst gefunden werden. Wer also die private Bautätigkeit will, muss bereit sein, die Wünsche der Hausherren zu erfüllen, die GR Kunschak demagogisch genannt hat.

KOMMT AM SCHLUSS DER SITZUNG ZUR VERHANDLUNG ! ! !

Die Gemeinderäte Skaret, Heimann, Pölzer und Genossen haben folgende Anfrage an den Bürgermeister eingebracht:

In den letzten Tagen wurde die Wiener Bevölkerung vorübergehend durch den sogenannten Hausherrenstreik beunruhigt, der in Wahrheit kein Streik, sondern ein Versuch gemeingefährlicher und gemein-schädlicher Sabotage war, die freilich an der einmütigen Abwehr der Bevölkerung schmachvoll gescheitert ist.

Sowohl die von den Hausbesitzern angeordnete Absperrung der Wasserabläufe in den Häusern als auch die beabsichtigte Einstellung der Stiegenbeleuchtung stellen zweifellos eine schwere Gefährdung der persönlichen Sicherheit der Hausbewohner dar. Die Aufforderung zur Verweigerung der Steuern bildet nach § 65b des Strafgesetzes ein mit Kerkerstrafe bedrohtes Verbrechen. Sie bedeutet den Versuch der Gemeinde die Mittel zu entziehen, deren sie zur Erfüllung ihrer Pflichten bedarf. Sie richtet sich also sowohl gegen die Angestellten der Gemeinde, als auch gegen alle jene, die beispielsweise in den Humanitätsanstalten der Fürsorge der Gemeinde teilhaftig sind.

Unter denjenigen, die zu diesen ungesetzlichen Handlungen öffentlich aufgefordert haben, befinden sich auch mehrere Mitglieder des Gemeinderates, so Vizebürgermeister Franz Hoss und die Gemeinderäte Roth und Rotter, ferner einige christlichsoziale Bezirksräte und sonstige öffentliche Funktionäre.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, was er dagegen zu tun gedenkt, das auf diese Weise öffentlich zu gemeingefährlichen Sabotageakten und zu gesetzlich verbotenen Unternehmungen aufgefordert wird?

Der Bürgermeister hat am Schluss der Sitzung auf diese Anfrage folgende Antwort gegeben:

Soweit der Wirkungsbereich der Gemeinde reicht, wurden dem Anschlag auf Ruhe und Ordnung in den Häusern sofort begegnet. Es wurde eine Magistratsverordnung erlassen, die das Absperrn der Wasserleitungen und die Einstellung der Stiegenbeleuchtung verbietet und unter Strafe stellt. Diese Verordnung hat ihre Wirkung nicht verfehlt, so dass der sogenannte Streik ^{ohne} irgend einen Effekt in sich zusammengebrochen oder vielmehr gar nicht zustande gekommen ist.

Was die weiteren Androhungen der organisierten Hausbesitzer-schaft betrifft, so stellt sich insbesondere die Aufforderung zur Steuer-verweigerung als ein strafgerichtlich zu ahndendes Delikt dar, dessen Verfolgung aber nicht der Gemeinde oder den politischen Behörden, sondern der Staatsanwaltschaft obliegt. Ich hoffe, dass auch diese Behörde ihre Pflicht tun wird. ^{Das} ^{ich} kann ich keinen darauf nehmen. Ebenso mangeln mir die Mitteln, gegen die bezeichneten Funktionäre, die den Aufruf zur Steuer-verweigerung und des sonstigen verpönten Handlungen unterzeichneten, vorzugehen. Ich bedaure aber allerdings, dass Funktionäre der Gemeinde Wien unter Aufforderungen zu solchen Handlungen ihren Namen setzen.

Die Gemeinderäte Kunschak und Genossen überreichten in der heutigen Gemeinderatssitzung eine Anfrage betreffend die Sicherung der Rückgabe der der Gemeinde Wien eigentümlichen Ausstellungsgüter von der internationalen Städteausstellung Lyon 1914, in der es heisst:

Ueber wiederholtes Brauchen des französischen Botschafters und des Bürgermeisters und Deputierten der Stadt Lyon, der zu diesem Zwecke eigens nach Wien kam, hat sich die Gemeinde Wien an der internationalen Städteausstellung in Lyon mit wertvollen Stücken aus ihren Sammlungen beteiligt. Wie nun aus Zeitungsmeldungen zu ersehen ist, sollen in allernächster Zeit die deutschen und österreichischen Ausstellungsgüter, die im Jahre 1914 beschlagnahmt und eingelagert wurden, zur zwangsweisen Versteigerung gelangen.

Es wird daher an den Bürgermeister die Anfrage gerichtet, welchen Gegenstände aus den städtischen Sammlungen zur Lyoner Ausstellung gesendet wurden und welchen ungefähren derzeitigen Wert dieselben repräsentieren und welche Massnahmen der Bürgermeister zu ergreifen gedenkt, um die für Wien unersetzbaren Kunstwerke vielleicht noch zu in letzter Stunde zu retten.

G.R. Strohmayr (Sozialdem.) beantragt den Verkauf von fünfzig Lastkraftwagen, die durch die Einstellung der amerikanischen K... arbeitsaktion überflüssig geworden sind. Der Erlös von vierhundert Millionen Kronen ist für den Ankauf von neuen Lastkraftwagen einer grösseren Type zu verwenden. Ferner soll dem Verkauf von zehn alten, stark reparaturbedürftigen Sanitätschassis um den Betrag von 210 Millionen Kronen zugestimmt werden. Dieser Betrag ist für die Erneuerung und für Reparaturen an Sanitätskraftwagen zu verwenden.

Die Anträge werden ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Schneider (Soziald.) referiert über die Kosten der Kanalarbeit. Im ersten Halbjahre 1922 betragen diese Kosten 430'5 Millionen Kronen, während im zweiten Halbjahre bereits 1413 Millionen Kronen erforderlich sein werden, wenn nicht eine neuerliche Erhöhung der Löhne und sonstigen Ausgaben eintritt. Es ist daher eine hundertfünfzigprozentige Erhöhung der Gebühren mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1922 erforderlich.

GR. Rotter (chr. soz.) erklärt, er müsse sich gegen die Vorlage aussprechen und hauptsächlich gegen die lineare Erhöhung, die ganz ungerichtet sei, ebenso gegen die Rückwirkung bis 1. Juli, weil es den Hauseigentümern vielfach unmöglich sein wird, angesichts der schleppenden Tätigkeit der Mietämter von den Mietern die Beträge hereinzubringen. Nach ausführlicher Besprechung der Wohnungspolitik der Mehrheit sagt Redner, seine Partei werde gegen die Vorlage stimmen, weil sie ungerecht sei und eine ungeheure Belastung der Wiener Mieterschaft bedeute.

GR. Erntaer (deutschnational) ist gleichfalls gegen die Vorlage, weil sie nach seiner Meinung abermals eine außerordentliche Erhöhung der Mietzinse zur Folge haben werde und die Kanalarbeitergewerkschaft gleichsam zu Diktatoren des Mietzinses in Wien mache.

Nach dem Schlussworte des Referenten, der auf die Kritik der oppositionellen Redner kurz erwidert, wird die Vorlage angenommen.

StR. Breitner referiert über die Ausübung des normalen Bezugsrechtes an den Aktienbesitz der Gemeinde anlässlich der Kapitalerhöhung der Waldheim-Eberle A.G.

GR. Zimmerl (chr. soz.) protestiert gegen eine Bemerkung des Referenten in der letzten Sitzung, die Zustimmung der Christlichsozialen zu den Ausführungen des Dr. Schwarz-Hiller habe bewiesen, dass die Christlichsozialen für die Übergabe der städtischen Betriebe in die Privatwirtschaft seien.

StR. Breitner: Ich habe den heftigen Angriff des Herrn GR. Zimmerl auf den ehemaligen Bürgermeister Weisskirchner, der bekanntlich einen Teil des städtischen Gaswerks für 40 Millionen an das Bankkapital verschleudern wollte, nichts hinzuzufügen. Es war nur die heftige Opposition der Sozialdemokraten, die diese Absicht, welche in einem Antrag niedergelegt war, damals verhindert hat.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

Es folgt die Verlesung der Anfrage der Gemeinderäte Skaret und Genossen über den Hausbesitzerstreik und die Antwort des Bürgermeisters, worüber die Debatte eröffnet wird.

GR. Reissmann (Soz. Dem.) führt aus, dass in einer Zeit der drückendsten Teuerung und der schwierigsten Lebensverhältnisse die Wiener Hausbesitzer einen Überfall auf die Wiener Bevölkerung unternommen haben. Es ist charakteristisch, dass gerade in diesem Saal in der vorigen Woche, wo es sich um eine geringfügige Erhöhung der Marktgebühren handelte, der christlichsoziale Führer erklärt hat, dass gerade in einer Zeit, wo eine Preissenkung stattgefunden, diese erhöhten Gebühren rückwirkend eine Verteuerung der Lebenshaltung der Wiener Bevölkerung zur Folge haben werden. Nun möchte ich fragen, welche Verschlechterung erfolgen würde, wenn der Plan der Hausherrn zur Anwendung gelangte. Die Forderungen der Hausbesitzer sind geradezu masslos (Rufe bei den Sozialdemokraten: Unverschämte!) Herr Kunschak selbst, hat sie als einen Wahnsinn bezeichnet und als Hausherrn demagogie. Aber wenn diese Forderungen der Wiener Hausbesitzer erfüllt worden wären, so hätten sie den Mietern zugemutet, augenblicklich um das 2000fache mehr Mietzins zu zahlen und innerhalb von drei Jahren den Miet-

zins auf das 15.000fache zu steigern. Also ein Arbeiter, der jetzt 30 Kronen monatlichen Zins bezahlt, müsste nach diesem Plan gleich 60.000 Kronen entrichten und im Jahre 1925 schon eine halbe Million Kronen monatlich. Ein Beamter der vierteljährlich 180 K zahlte, müsste solgleich 360.000 K vierteljährlich entrichten und im Jahre 1925 würde seine Wohnung jährlich schon 10 Millionen Mietzins erfordern. Diese Zahlen allein sprechen eine klare und deutliche Sprache, um für alle Mieter ohne Unterschied der Partei den Wert der Mieterschutzordnung deutlich zu machen. Als der Streik ausgebrochen ist, hat die „Reichspost“ geschrieben, dass nach der Rede des Herrn Direktors Gerhold der Streik vollständig organisiert ist, bis in das kleinste Detail. (Gelächter bei den Sozialdemokraten und Rufe: Sturmtruppen waren da! Hausmeister als Sturmtruppen.) In der heutigen „Reichspost“ finden wir aber eine ganz andere Auffassung. Jetzt wird erklärt, dass der Hausbesitzerstreik unorganisiert worden sei und dass verabredet worden ist, das Einnehmen mit der Partei zu suchen. Uns kann es gleichgültig sein, ob der Streik organisiert worden ist oder nicht. Aber ich weiß nur, dass er kaum begonnen, schon zusammengebrochen ist. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Eine heillose Blamage!) Zusammengebrochen, weil die Hausherrn den Mut verloren haben, den Kampf wirklich führen zu können. Der Streik musste zusammenbrechen, weil eine sinnvolle und organisierte Abwehr der Wiener Arbeiterschaft eingesetzt hat. Es hat Herr Kunschak erklärt, dass die Forderungen der christlichsozialen Hausbesitzer, die den Aufruf unterzeichneten, zu weitgehende sind. Wir waren der Meinung, dass ein Aufruf, wo die Gemeinderäte Roth, Rotter und sogar Vizebürgermeister Hoss Mitunterfertiger sind, eine Sache der christlichsozialen Partei darstellt, und wenn es jetzt von Ihrer Seite desavouiert wird, nehmen wir das zur Kenntnis. Der Streik ist also vollständig mißlungen und aus der großen gelegten Aktion der Hausbesitzer ist eine riesenblamage geworden, ganz Wien hat aufgelacht, weil eben ein Streik von Nichtarbeitenden Menschen sich nicht durchführen lässt.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede macht der Bürgermeister den GR. Reissmann aufmerksam, dass die Redezeit beendet ist, worauf dieser seine Ausführungen abbricht.

GR. Kunschak (chr. soz.): Ich habe nicht die Absicht über den Streik über viel Worte zu verlieren. Ich beschränke mich lediglich auf zwei Konstatierungen, dass der Herr Bürgermeister sich in der Adresse geirrt hat und sehr ungenau war, denn der Streik war ein Streik der Hausbesitzer und der Hausbesorger. In einem Zwischenruf hat der sozialdemokratische Gemeinderat Müller gesagt, dass die Hausmeister als Sturmtruppen gebraucht worden sind. Aber der Mann, der in der Hausbesitzerversammlung im Rathause mit dem grössten Pathos das Wort aussprach: „Wir Hausbesorger werden die Sturmtruppen bilden!“ das war der Obmann des sozialdemokratischen Hausbesorgervereines. (Gelächter bei den Christlichsozialen und Rufe: So eine Komödie! Das sind die Führer!) Ich hätte nicht geglaubt, dass die Handlungen der sozialdemokratischen Hausbesorgerorganisation von Versprechungen der Hausbesitzer beeinflusst werden. (GR. Müller (Soz. Dem.) Die Organisation hat es aber abgelehnt, der Mann allein hat es gesagt!) Sie haben 48 Stunden gebraucht, bis Sie die Hausbesorgerorganisation zur Neutralität auf drei Tage gebracht haben. Das allein will ich konstatieren. Wenn Sie sich aufregen über Streik und Sabotage so mutet das sehr merkwürdig an. Sie sind die allerletzten sich aufzuregen, denn die Rolle, die Sie spielen, ist die des Fuchses, der den Gänsen Frieden gepredigt hat. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Breitner: Die Hausherrn, die ja die christlichsoziale Partei verkörpern, haben den Steuerstreik ausgerufen. Steuerstreik, das ist die letzte Waffe im Verzweiflungskampfe, wie sie ja von der irischen Bevölkerung gegen ihre englischen Woi Bedrücker angewendet wurde. Glauben Sie nicht, dass die Woi des Steuerstreikes nur für sich in Anspruch nehmen können. Ich verweise darauf, dass die sozialdemokratischen Nationalräte in die Betriebe gegangen sind um dort den von den Kommunisten propagierten Steuerstreik gegen die Einkommensteuer abzuwehren. Wir haben also den Arbeitern gesagt, dass sie Steuern zahlen müssen und diese Steuern sind sogar für eine christlichsoziale Regierung gezahlt worden. Nur in dem Augenblicke der höchsten Verzweiflung kann zu dem Mittel eines Steuerstreikes gegriffen werden. Das demagogische Spiel, das Sie

heute hier spielen, indem sie Mandatäre Ihrer Partei, die zum Steuerstreik aufgefordert haben, als Nullen werten, dieses Spiel wird von der Bevölkerung durchschaut und nicht geduldet werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Es ist geradezu kindisch, wenn diese Hausbesitzer als die Kriegsoffer hingestellt werden. Der Wert sämtlicher Häuser in Wien betrug nach einer Schätzung

Der Wert sämtlicher Häuser in Wien betrug nach einer Schätzung Dr. Fr. Ulrich Fellners über das Volksvermögen Oesterreich-Ungarn im Jahre 1910 für Wien 4.3 Milliarden. In den Gemeindebezirken 1 bis 10 und im 20. Bezirke betragen die Hypothekenschulden Ende 1913 rund 2.004 Millionen Kronen. Einschliesslich der anderen 10 Vorortbezirke erhöht sich diese Summe der Hypotheken nach Erhebungen im Bundesamt für Statistik auf 3.5 Milliarden Kronen. Die Hypothekarische Belastung war also rund 81.5 %. Das heisst mit anderen Worten, dass den Hauseigentümern im Jahre 1913 die Häuser nur mit 18.5 % gehörten, während sie zum

größten Teil, eigentlich Eigentum der Hypothekargläubiger gewesen sind. Auch wenn man vom Mieterschutzgesetz und der damit zweifellos bewirkten teilweisen Entwertung der Häuser vollkommen absieht, so unterliegt es gar keinem Zweifel, dass auch ohne dieses Gesetz der Wert der Wiener Häuser erheblich zurückgegangen wäre.

Man darf sich dabei durch die gegenwärtige stürmische Nachfrage nach Wohnungen und Geschäftslokalen nicht täuschen lassen. Würde das Mieterschutzgesetz nicht eingeführt worden sein, wären die Zinse der Geldentwertung so gefolgt, wie etwa Fleisch und Mehl, so hätte sie selbstverständlich das Bestreben in bessere Wohnungsverhältnisse zu kommen, gar nie entwickelt. Dasselbe ist ja ausschliesslich eine Folge dessen, dass die Wohnung eben so billig ist. Man kann vielmehr ganz unbedingt behaupten, dass wir ohne Mieterschutzgesetz eine Fülle von Leerwohnungen zu verzeichnen hätten. Das ist ganz selbstverständlich in einer Zeit, in der ja nur ein Bruchteil der Bevölkerung das Realeinkommen des Friedens bezieht. Zweifellos hätten weite Kreise noch enger zusammenrücken müssen, als im Frieden, das Bettgehertum hätte keine Abnahme, sondern eine erschreckende Zunahme erfahren. Ganz abgesehen von allen sozialen Erwägungen wäre die Folge gewesen, dass die nur teilweise besetzten Häuser einer Wertverminderung erfahren hätten. Dies umso mehr, als ja schliesslich die Tatsache, dass Wien nicht mehr der Mittelpunkt eines Grossstaates ist, in der Bewertung der Wiener Häuser zum Ausdruck kommen muss. Nimmt man diesen Abschlag mit einem Fünftel an, was keineswegs zu hoch gegriffen ist, so ergibt sich, dass der Verkaufserlös der Häuser nicht einmal hingereicht hätte, die Hypothekenschulden zu bezahlen. Alle diese Wiener Hausbesitzer, die also heute sich als die Opfer hinstellen, sind in Wahrheit, mag dies auch im ersten Augenblick verblüffen, als Kriegsgewinner zu bezeichnen. Sie sind Hausbesitzer nur noch infolge des Umstandes, dass sie jene 80 % Hypotheken mit Papierwischen tilgen. Es ist die Hausbesitzer darauf verweisen, dass sie im Frieden vordkronen hergegeben haben, so gilt dies im vollen Masse auch für die Hypothekargläubiger. Diese sind in Wirklichkeit die wahren Kriegsoffer. Die Hausbesitzer, die geradezu automatisch in einem Tränenmeer schwimmen, sobald nur das Wort Kleinrentner ausgesprochen wird, sind also, sehr häufig die Nutzniesser der Verelendung. Mit aller Gemütsruhe zahlen sie einem solchen Kleinrentner, mit dessen im Frieden entliehenen, beispielsweise 100.000 Goldkronen nahezu restlos ein Haus erworben wurde, heute 6 1/2 Goldkronen zurück. Dabei wird natürlich wohlweislich verschwiegen, dass die Zahl jener Hausbesitzer, deren ganzen Um und Auf ein Haus darstellt, verhältnismässig geringfügig ist. Der weit aus überwiegende Teil der Wiener Häuser ist Eigentum der Klöster und Banken, der Grossindustriellen und Gewerbetreibenden, die keineswegs auf den Hausertrag zum Lebensunterhalt angewiesen sind. Ein Blick in den Häuserkataster zeigt, dass Hausbesitz in den schönsten Teilen der inneren Stadt der Benediktinerstift Kremsmünster, das Stift Herzogenburg, der Konvent St. Ursula, das Erzbistum Wien, das Wiener Metropolitankapitel, das Kloster von der Heimsuchung Maria, das Schottenstift, das Banarbitenkollegium St. Michael, die griechisch-orientalische Gemeinde, Stift Seitenstetten, Stift Lilienfeld, Deutscher Ritterorden, Stift Klosterneuburg, Fürsterzbischöfliches Konsistorium zu St. Stefan, Stift Melk, Stift Göttweig, und Dominikanerordenskonvent. Daneben finden sich die Rothschild's, die grossen Banken und Versicherungsanstalten und alle diese

werden von Ihnen vertreten.

GR. Roth (chr. soz.) 61 % der Wiener Häuser gehören Ausländern.

GR. Beisser (Soz. Dem.): Und für diese Ausländer streiken Sie!

GR. Breitner: Wäre der Streik wirklich zur Durchführung gekommen, so wäre es in jedem einzelnen Haus zu Faustkämpfen gekommen. All das inszeniert von den bürgerlichen Hausbesitzern unter der Leitung eines Vizebürgermeisters und von Gemeinderäten der Stadt Wien, während der Kanzler die Schlussverhandlungen in Geff führte. Wieder zeigt sich bei diesem Anlass das Doppelspiel der Christlichsozialen Hausherrnpartei. So wie Sie auch heute noch gleichzeitig die Interessen der Bauernschaft und der städtischen Verbraucher zu vertreten vorgibt, d.h. das einmal für hohe Getreidepreise das andere Mal für billiges Mehl schwärmt, so glaubt sie auch innerhalb der Stadt Industrielle und Arbeiter, Hausherrn und Mieter gleichzeitig vertreten zu können.

Dieses Doppelspiel ist vollkommen durchsichtig und es wird nicht gelingen, dass Sie für einen kleinen Teil der besitzenden Klasse der Stadt die ganze Bevölkerung tributpflichtig machen. (Beifall).

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) ergreift das Wort unter starker Lärm bei der Majorität. Der Fall, der heute den Anlass zur Debatte gibt, hat seinen Ursprung darin, dass bei einem Teil der Hausbesitzerschaft ganz zweifellos die Folgen der Geldentwertung in geradezu toller Weise zum Ausdruck kommen. Man darf sich nicht wundern, dass diese Leute sich zu Unbesonnenheiten haben hinreissen lassen. Die christlichsoziale Partei hat über diese Unbesonnenheiten sofort ihre Mißbilligung ausgedrückt. Was uns alle beschweren sollte ist, dass die Wiener Häuser tatsächlich zusammenfallen. Das ist nicht eine Frage des Hausbesitzer, sondern einer Frage, die uns alle angeht. Wenn Sie Verantwortungsgefühl besitzen, müssten Sie mitwirken, den Weg zu finden, damit die Wiener Häuser erhalten bleiben und es auch möglich wird, wieder Häuser zu bauen.

VB. Hoss (chr. soz.): Es ist hier kritisiert worden, dass ich auf dem Aufruf der Hausbesitzerorganisationen unterzeichnet stehe. Ich war es meiner Pflicht als öffentlicher Mandatar bewusst. Wir in unserer Organisation haben uns nur pflichtgemäss für den konservativen, verarmten Hausbesitzerstand eingesetzt. Ich bin überzeugt, dass die Mieter/sich selbst bewusst sind, dass mehr Zins gezahlt werden kann und muss. In den Verhandlungen, in denen ich war, habe ich vermittelnd eingegriffen.

GR. Brodyner: Ein Bürgermeister, der der Bevölkerung das Wasser absperrt!

VB. Hoss: Ich habe bis zum letzten Moment dafür gesprochen, dass das Wasser nicht abgesperrt werden soll. Es darf Sie nicht wundern, wenn ein Stand, dem Sie so mit Ihrem Hass verfolgen, einmal mit den kasseraten Mitteln sein Recht finden will.

GR. Rotter (chr. soz.) gelangt nun zum Wort. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Hört den angeklagten!) Ich war ebenso, wie VB. Hoss bemüht, die Leute zu beruhigen, wir wurden aber von den radikalen Elementen überstimmt.

GR. Weber (Soz. Dem.) weist zunächst darauf, dass eine grosse Anzahl von Mietzinssteigerungen bei den Mietämtern deshalb im Rückstande sind, weil vielfach die Hausbesitzer- und die Mieterorganisationen nicht ihre Mitglieder derart belehren, dass sie ordnungsgemässe Anträge stellen. Wenn der Vorsitzende des Mietamtes nicht ermitteln kann, was der Hausherr eigentlich will, muss der Antrag eben zurückgestellt werden. So kommt es, dass solche Anträge monatelang bei den Mietämtern liegen bleiben. Es handelt sich eben doch um die grosse Masse und da muss ich sagen, dass die Anschwellung nicht auf dem Mieterschutz als solchen, und auf die Unzulänglichkeit der Mietämter, sondern auf die ungeheure Wohnungskatastrophe zurückzuführen ist, welchen zum grossen Teil die christlichsozialde Regierung verantwortlich ist. Es ist nicht notwendig den Schrei auszustossen, dass der Mieterschutz gelockert werden soll, in dem Sinne, dass in drei Jahren die Goldparität erreicht wird. Eine Reform ist durchaus möglich, aber auf anderem Wege, es kann eine Einigung zwischen Mietern und Hauseigentümern erfolgen, wenn beide Teile über die Erhaltungsauslagen der Häuser verhandeln und dann wird es auch möglich sein, wenigstens 50 % aller Wiener Häuser Instanz zu setzen. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Das haben die Hausherrn ab-

eben abgelehnt!) Wenn aber die Führer der christlichsozialen Partei und ihre Parteivertretung eine solche ganz selbstverständliche Regelung, die auf allen anderen Gebieten wirtschaftlichen Lebens vor sich gegangen ist, ablehnen, wenn sie mit allen Mitteln sich gegen die Einführung der Mieterschutzschüsse wehren, dann haben die Hausbesitzer sich bei der christlichsozialen Partei zu bedanken, dass so grosse Rückstände eingetreten sind. Es dreht sich nicht darum, dass der Zins zu niedrig ist, oder dass bei den Mietämtern kein entsprechender Zins erreicht werden kann und die Instandhaltung der Häuser zu Gewährleisten. In dem ganzen Kampf dreht es sich eben hauptsächlich um die Wiederaufrichtung der Goldrente der Hausherrn. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Mit den von Ihnen vorgeschlagenen Mitteln, den Zins mit 10 % der Friedensmiete zu bemessen, kann und wird kein Hausknox hergerichtet werden können. Gegen die Wiederaufrichtung des Prinzips, dass die Mietzinse so gestellt werden, um die Rente wieder einzuführen, werden wir uns entschieden wehren, weil wir nicht gesonnen sind, binnen drei Jahren den Mietzins von einer Kleinwohnung auf 8 Millionen jährlich zu steigern. Jeder Mensch sieht ein, dass die Erhaltungsausgaben von den Mietern getragen werden müssen. Aber jedermann ~~was~~ wehrt sich auch, dass ein System, das durch den Krieg beseitigt worden ist, wieder aufleben soll. Dann würden Zustände eintreten, dass grosse Massen der Bevölkerung zurück in die Kanäle, in die Erdhöhlen und in die Ziegelöfen wandern müssen, dass die Menschen physisch und moralisch zugrunde gehen müssen, weil sie den Zins nicht mehr bezahlen könnten, da sie das Bauen nicht rentieren würde. Wir sind für eine Reform des Mieterschutzes, aber ~~er~~ ^{sie} muss so aussehen, dass die Grundrente ausgeschaltet bleibt. Bei der Mitarbeit für diese Reform laden auch wir Sie ein. (Starker Beifall)

Der Bürgermeister erklärt hier auf die öffentliche Sitzung für geschlossen.